

**Der Grosse Rat      Le Grand Conseil  
des Kantons Bern    du canton de Berne**

Dienstag (Abend), 15. Juni 2021 / Mardi soir, 15 juin 2021

**Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion /  
Direction de l'économie, de l'énergie et de l'environnement**

**56      2020.RRGR.298      Motion 228-2020 Bachmann (Nidau, SP)  
Solarenergieanlagen auf Dächern**

**56      2020.RRGR.298      Motion 228-2020 Bachmann (Nidau, PS)  
Installations solaires sur les toits**

*Fortsetzung / Suite*

**Vizepräsident.** *(Der Vizepräsident läutet die Glocke. / Le vice-président agite sa cloche.)* Ich hoffe, Sie sind gestärkt und wieder frisch für den letzten Teil von heute.

**Hanspeter Steiner, Boll (EVP)**, Fraktionssprecher. Herr Vizepräsident, Herr Regierungsrat, geschätzte Anwesende oder auch noch nicht Anwesende, ich beginne nun halt trotzdem. Ich möchte zuerst meine Interessenbindung kundtun: Ich bin Präsident einer Solargenossenschaft, die grosse Solardächer betreibt und baut. Die Motion, über welche wir abstimmen, nimmt ein wichtiges Anliegen auf. Und nach dem letzten Wochenende ist es nötig, dass wir nach vorne schauen, haben wir uns doch wichtige Energieziele gegeben, die wir nicht aus den Augen verlieren sollten. Und an den lieben, geschätzten Kurt Zimmermann, der es ja dann im Protokoll nachlesen kann: Würde die gerühmte Freiwilligkeit funktionieren, stünden wir nun nicht hier und diskutierten über eine solche Motion, dann wäre es bereits heute selbstverständlich, dass man Dächer mit Solarenergie betreibt. Der Grund ist, dass wir nicht vorankommen. Im Zubau der Solarenergie müssen wir jetzt handeln.

Ganze Mehrfamilienhaussiedlungen werden gebaut und die Dächer bleiben ungenutzt. Neue Industriebauten werden gebaut, ihre Dächer bleiben ungenutzt. Immer noch haben viele Architekten ästhetische Bedenken, obwohl der Beweis längst erbracht ist, dass auch schöne, ins Dach integrierte Anlagen möglich sind. Je nach Bedarf können es auch kombinierte thermisch-elektrische Anlagen sein. Es sollte selbstverständlich werden und nicht eine Ausnahme sein, dass Gebäude in Zukunft erneuerbare Energie produzieren. Die Energiefachleute erwähnen es immer wieder: Der solare Zubau muss vorangetrieben werden. So auch Werner Luginbühl als Präsident der Eidgenössischen Elektrizitätskommission (EiCom) vor zwei Wochen in einem Radiointerview zur Stromsituation in der Schweiz. Der Regierungsrat hat es in seinen Ausführungen erwähnt: Solaranlagen können auch heute bereits wirtschaftlich interessant sein. Ich kann dies aus der persönlichen Erfahrung nur bestätigen.

Weil die Motionäre noch «geeignet» und «grundsätzlich» eingefügt haben, können bei Annahme dieser Motion auch Härtefälle ausgeschlossen werden. Damit kann die Fraktion EVP dieser Motion so zustimmen. Vielen Dank, wenn Sie dies ebenfalls tun.

**Antonio Bauen, Bern (Grüne)**, Fraktionssprecher. Die Sonnenenergie ist die Zukunft. Sie ist gratis, ist unabhängig von politischen Entscheiden, umweltverträglich, risikolos und steht uns allen zur grenzenlosen Nutzung offen. Ich kann mich den Worten meines Vorredners nur anschliessen: Es ist dringend nötig, dass wir viel mehr Kraft auf die solare Nutzung legen, auch wenn bis jetzt in der Schweiz schon über 120'000 Photovoltaik-Anlagen (PV-Anlagen) installiert sind. Im Jahr 2020, also im letzten Jahr, wurden 445 Megawatt neu installiert, also mehr, als Mühleberg einst leistete. Insgesamt sind in der Schweiz bereits 2900 Megawatt entstanden. Die jährliche Stromerzeugung beträgt 2,7 Terawattstunden. Es fand in den letzten vier Jahren eine Verdoppelung statt, von 2,3 auf

4,4 Prozent des gesamten Stromverbrauchs der Schweiz. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Photovoltaik ist nicht zuletzt ebenfalls extrem wichtig: Sie generiert in der Schweiz jährlich einen Umsatz von 580 Mio. Franken. Es lohnt sich also, dieses Geld hier einzusetzen und es auch hier in den Kreislauf zu bringen, anstatt es irgendwo für Ölscheiche in die Wüste zu schicken. Dieser volkswirtschaftliche Nutzen entspricht ungefähr 5600 Vollzeitstellen. Dies nur nebenbei.

Eine Studie des Bundesamts für Energie (BFE) hat ergeben, dass auf den Dächern und Fassaden – und zwar nur auf den geeigneten – 67 Terawattstunden Solarstrom produziert werden können. In der Schweiz benötigen wir im Moment aber nur 58 Terawattstunden. Da sieht man doch, über eine grobe Milchbüchleinrechnung, dass wir grundsätzlich genügend Solarstrom hätten. Es ist mir klar, dass in der Nacht die Sonne nicht scheint usw. Wir brauchen die anderen Erneuerbaren ebenfalls noch. Und dieses Potenzial können wir nutzen, ohne einen Quadratmeter Kulturland zu vergeuden. Wie schon im Antrag begründet, ist die Installation von Solarenergieanlagen sehr günstig, wenn sie bereits in der Planung miteinbezogen werden kann. Bei der Sanierung von Dächern und Fassaden kann die Sonnenenergie genutzt und, wie wir es auch vom Vorredner gehört haben, sehr gut ins Ortsbild eingepasst werden, und gestalterische Wünsche können heutzutage fast grenzenlos erfüllt werden. Fazit: Solaranlagen sind heute technisch ausgereift und leben mehr als 30 Jahre, sie sind umweltfreundlich, wirtschaftlich, machen unabhängig vom Ausland und stärken die Stabilität. *(Der Vizepräsident bittet den Redner, zum Schluss zu kommen. / Le vice-président demande à l'orateur de conclure.)* Ich danke, wenn Sie diese Motion unterstützen können.

Dies ist mein letztes Votum in diesem Rat. Ich danke nach elf Jahren für die gute Zusammenarbeit und dafür, dass Sie mir ab und zu zugehört haben. Ich erinnere mich an die manchmal auch humorvollen Momente in diesem Rat. Es geht hier also nicht nur trocken zu. Ich wünsche Ihnen allen viel Glück, Gesundheit und guten Mut für einen zukunftsfähigen Kanton Bern. Merci, tschüss zusammen.

**Vizepräsident.** Für diesen Zusatz habe ich dir natürlich gerne noch einige Sekunden gegeben.

**Katharina Baumann-Berger, Münsingen (EDU)**, Fraktionssprecherin. Zuerst zu meiner Interessenbindung: Unsere Firma plant und realisiert PV-Anlagen. Und entgegen der Aussage, dass nichts freiwillig geschehe, darf ich hier bezeugen, dass unsere Auftragsbücher voll sind und wir Anlage um Anlage bauen dürfen. Die EDU-Fraktion stützt die Forderung nach Solarenergieanlagen auf geeigneten Dächern. Wir sprechen von einer Energiequelle, die bewusst geplant, ausgebaut und eben genutzt werden soll. Wir sind überzeugt, dass darin ein grosses Potenzial liegt. Was uns an der vorliegenden Motion nicht so gefällt, ist die Aussage, es brauche gesetzlichen Druck. Es gibt Umstände, unter denen Solarenergie schlicht nicht sinnvoll ist. Und dies darf für Gebäudeeigentümer nie zu einem Penalty werden. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die gesetzliche Umsetzung all dieser Energiethemen im Kanton Bern im Sinne des Förderns und nicht des Forderns gemacht wird. Das Energiegesetz (Kantonales Energiegesetz [KE nG]) ist in Kommissionsarbeit und wird bald hier im Rat beraten werden.

Um das Thema Solarenergie umfänglich und unter Berücksichtigung sämtlicher Vor- und Nachteile der verschiedenen Solartechniken zu regeln, unterstützt die EDU-Fraktion diese Motion in Form eines Postulats.

**Jürg Rothenbühler, Lauperswil (Die Mitte)**, Fraktionssprecher. Ich denke, Solaranlagen sind eine der wichtigsten Möglichkeiten der Energiegewinnung, die wir in Zukunft haben werden; sicher, es wird noch weiter geforscht werden, aber soweit wir es heute wissen. Der Regierungsrat schreibt ja in seinen Erläuterungen, dass in der Energiestrategie bereits mehrere Massnahmen zur Nutzung von Solarenergie aufgenommen wurden. Auch werden in der Massnahmenplanung parlamentarische Vorstösse unterstützt. Das ist ein Grund, warum wir von Die Mitte die Motion nicht unterstützen werden. Wir würden es aber begrüssen, wenn der Regierungsrat die Möglichkeiten im Rahmen der Revision des KE nG prüfen würde, damit wir eben die wichtigen und richtigen Dächer mit Solaranlagen fördern könnten; das ist wichtig: fördern und nicht unbedingt fordern, wie dies meine Vorrednerinnen und -redner ebenfalls bereits sagten. Es darf nicht sein, dass man den Grundeigentü-

mern hier etwas aufbürdet und es dann ein Eigengoal geben würde. Deshalb sollte man schauen, ob man es fördern könnte. Einem Postulat würden wir also einstimmig zustimmen, aber einer Motion könnten wir nicht zustimmen.

**Peter Dutschler, Hünibach (FDP)**, Fraktionssprecher. Die FDP-Fraktion ist klar gegen dieses gut gemeinte Anliegen, und zwar, weil der Eingriff ins Privateigentum viel zu gross ist. Es erinnert eher an eine Anbauschlacht Wahlen oder an Planwirtschaft. Vergleichen Sie es mit Ihrem Garten: Wenn plötzlich der Staat käme und Ihnen sagen würde, wo Sie Rüebli und wo Tomaten anpflanzen müssen – wollen Sie eine solche Pflanzpflicht? Es ist ein viel zu grosser Eingriff ins Privateigentum. Wir müssen dies dem Markt überlassen.

Deshalb staunen wir ein wenig, dass die glp hier das Allgemeinwohl vor das Eigentum stellt, insbesondere, weil der Hintergrund ja rein tariflicher Natur und nicht gottgegeben ist. Genau hier zeigt sich doch, dass die falschen Anreize im Energiesektor zu solch paradoxen Situationen führen. Wenn Sie wollen, dass die BKW oder die Strombetreiber rentieren, dann ist dies auch ein Preis dafür. Wenn die Netztarife so hoch sind, ist ja klar, dass es zum Teil nicht rentiert, Strom zu machen. Diese Leute rechnen auch. Und sobald jeder ein wenig «Unternehmerlis» spielen könnte – damit spreche ich die Liberalisierung des Strommarkts auch für den kleinen Benutzer an – und sobald man seinen Strom dem Garagisten oder dem Schreiner verkaufen kann, wird doch jeder sofort Solar aufs Dach tun.

Ich bin wohl einer derjenigen, die sich am meisten aufregen, wenn sie sehen, dass Ziegel verbaut werden statt Solaranlagen, denn dies ist ja eine Verschwendung von Ressourcen oder vor allem ein Verlust von Energiepotenzial, das vorhanden wäre, wo wir produzieren könnten. Denn das Paradoxe ist, dass es sich per se ja rentieren würde; es ist ja sicher billiger, eine Solaranlage aufs Dach zu tun, die Strom produziert, als zuerst Ziegel, die nichts bringen, die nur abdecken. Aber für diese Strommarktiliberalisierung sind wir hier am falschen Ort. Sagen Sie Ihren Kollegen im Nationalrat, sie sollten diese Strommarktiliberalisierung angehen oder die Netztarife in dem Sinne anpassen, dass sie faire Tarife und diesen Wettbewerb ermöglichen.

Die vorliegende Motion verletzt die Eigentumsrechte. Die Liberalen von der FDP-Fraktion können diesen gut gemeinten Vorstoss deshalb nur ablehnen.

**Jan Remund, Mittelhäusern (Grüne)**, Einzelsprecher. Um meine Interessenbindung offenzulegen: Ich bin Präsident von SolarKraft Köniz, die Anlagen betreibt, und auch Präsident von AEE SUISSE Bern, bei welcher Installateure dabei sind. Die Solarenergie hat ein riesiges Potenzial, Sie haben es mehrmals gehört. Alles andere ist Beilage. Damit das Potenzial auch in Tat und Wahrheit umgesetzt werden kann, müssen wir diese Fläche dann allerdings auch nutzen, sonst gelingt nämlich die Energiewende nicht. Wer ein gutes Dach hat, soll es nutzen, für sich, aber auch für die Allgemeinheit.

Wie in fast allen Bereichen, braucht es immer ein Push and Pull: Stock und Rüben, wie die Engländer sagen, oder Zuckerbrot und Peitsche. Mit Freiwilligkeit alleine geht es nicht, auch dies ist wissenschaftlich erhärtet. Im heutigen Tempo dauert es 300 Jahre, bis wir unser Potenzial umgesetzt haben. Die Solarpflicht ist am Kommen, es gibt viele Kantone, die sie bereits haben. Auch im Ausland, in Deutschland, wird dies nach und nach umgesetzt. Ein Haus ohne Solaranlage ist kein komplettes Haus. Im KEnG ist eine kleine Solarpflicht vorgesehen, allerdings nur halbherzig. Sie könnte zu kleinen Anlagen führen. Aus meiner Sicht sollte es bei Neubauten eben gerade nicht so aussehen, es sollten keine eigenverbrauchsoptimierten «Ego-Anlagen» gebaut werden, die nur für sich selber Strom machen. Sonst können wir nämlich das Potenzial nie ausschöpfen. Der Eingriff in die Freiheit der Bauherren ist angesichts der Klimaerhitzung klar verhältnismässig, nein, sogar notwendig. Die Pflicht zum Bau von Schutzkellern war bezüglich Kosten und Nutzen deutlich schwerwiegender und auch nutzloser.

Es wäre gut, wenn der Vorstoss als Motion überwiesen werden könnte. Als Postulat ist er natürlich immer noch anzunehmen.

**Vizepräsident.** Als nächster Einzelsprecher Grossrat Egger.

**Ulrich Egger, Hünibach (SP)**, Mitmotionär. Nicht als Einzelsprecher, als Mitmotionär.

**Vizepräsident.** Als Mitmotionär. Bitte jeweils am Anfang kommen, damit man ein wenig ... (*Grossrat Egger sagt etwas von seinem Platz aus, ohne Mikrofon. / Le député Egger dit quelque chose depuis son siège, hors micro.*) Aha, als zweites Votum. Ist gut, du hast das Wort.

**Ulrich Egger, Hünibach (SP)**, Mitmotionär. Entschuldigung für die Verwirrung, es ist kompliziert, nach einem so langen Tag. Vielen Dank für die spannende Diskussion, ich habe gerne zugehört. Wir hätten sehr gerne eine Motion überwiesen, haben nun aber gehört, dass es dafür wahrscheinlich keine Mehrheit gibt oder sehr knapp wird. Andererseits haben wir ja einen Regierungsrat hier, der bestimmt dafür besorgt sein wird, dass dies dann ins KEnG einfließen wird. Ich habe hier volles Vertrauen. Und deshalb wandle ich gerne, in der Hoffnung, dass dann vielleicht sogar noch einige Leute von der SVP und der FDP das Postulat unterstützen können. Vielen Dank für die Diskussion und vielen Dank der Regierung und der Verwaltung für ihre Arbeit.

**Christoph Ammann**, WEU-Direktor. Die Regierung teilt die Haltung der Motionäre, dass beim Zubau von Solarenergie erstens mehr möglich ist und zweitens in Zukunft auch mehr gemacht werden muss. Wir zeigen in der Vorstossantwort auch auf, wo es Instrumente gibt, beispielsweise bei den Massnahmen zur Umsetzung der Energiestrategie oder eben beim KEnG selber. Dort stellen wir in der Antwort des Regierungsrates in Aussicht, dass wir bei der Revision diese Anliegen aufnehmen werden. Der Vorstoss ist datiert mit Regierungsratsbeschluss (RRB) vom 3. März 2021. Ende März hat die Regierung die Vorlage zum KEnG in die Konsultation gegeben, und damit hat man ab diesem Zeitpunkt gesehen, wie dieses Anliegen aus Sicht der Regierung aufgenommen werden soll. Und jetzt, liebe Grossrätinnen und Grossräte, ist der Ball bei Ihnen.

Wegen des CO<sub>2</sub>-Gesetzes haben wir ein hohes Tempo eingeschlagen. Aber ich kann es schon hier sagen: Das KEnG ist unabhängig von einem CO<sub>2</sub>-Gesetz auf Bundesebene und hat eben gerade solche Anliegen aufgenommen. Und nun müsste man aus Sicht der Regierung das Tempo hochhalten und diese Debatte führen. In der Septembersession ist die erste Lesung vorgesehen, im November die zweite Lesung, damit wir in einer angemessenen, möglichst breit abgestützten Form mit einem möglichst kleinen Referendumsrisiko so schnell wie möglich eben genau mit diesem Solarzubau beginnen können.

In diesem Sinne ist der Ball bei Ihnen. Ich danke Ihnen für die Debatte bzw. Diskussion von nächster Woche in der BaK und hoffentlich dann für die Diskussion bzw. Debatte in der Septembersession, genau zu solchen Anliegen wie demjenigen dieser und auch der nächsten Motion, über die wir gleich noch sprechen werden.

**Vizepräsident.** Die Motionäre haben in ein Postulat gewandelt. Wir stimmen über das Postulat «Solarenergieanlagen auf Dächern» ab. Wer das Postulat annehmen will, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

### **Abstimmung / Vote**

2020.RRGR.298: als Postulat / sous forme de postulat

#### **Annahme / Adoption**

|                         |    |
|-------------------------|----|
| Ja / Oui                | 89 |
| Nein / Non              | 43 |
| Enthalten / Abstentions | 0  |

**Vizepräsident.** Sie haben das Postulat angenommen.

Einige haben sich nach der Pause noch nicht eingeloggt, bitte holen Sie dies noch nach. Für das nächste Geschäft übergebe ich wieder unserem Grossratspräsidenten.